indirekt gegeben. Aber ein Stockacher mußte es sein, »eingesessen« durch Geburt oder Einkauf in das Bürgerrecht. Warum? Weil nur ein »Eingesessener«, die Gewähr gab, für die Stockacher Belange in dieser Zwitterposition einzutreten und der wahrscheinlich auch in der Lage war, den »sauren« Besoldungswein zu verkraften. 30 Eimer Rißtorfer oder Nellenburger Wein, wie der Stockacher Stadtchronist Hans Wagner schrieb, die er 1769 bekam, mußten getrunken und vor allem überstanden werden (1125 Liter pro Jahr, 12 Viertele am Tag). Die Aufhebung der Weinbesoldung 1784 dürfte beim Stadtammann, bei seiner Leber und seinem Magen wahrscheinlich mit Erleichterung aufgenommen worden sein.

In seinem Eid, den er alljährlich zu leisten hatte, stand laut Stadtbuch von 1510 mehr über Gehorsam gegenüber der Obrigkeit als von seinem Vertretungsauftrag für die Sache der Bürgerschaft. Er solle »getreulich ob dem Stattbuch (...) halten und die Bürgerschaft dar wider nit zu beschweren, sondern so viel an Ihme zu handthaben, ein gleicher Richter dem Reichen als dem Armen und dem Armen als dem Reichen (...) sein.« Doch man einigte sich in Stockach. Laut Peter Bohl kam es nie zu Streitigkeiten um die Besetzung des Stadtammanns zwischen Vertretern der Stadt und der Herrschaft.

Diese nellenburgisch-österreichische Idylle wurde jedoch am 4. Januar 1806 jäh beendet als württembergische Truppen die Landgrafschaft Nellenburg in Besitz nahmen. Liest man die Seiten, die Chronist Hans Wagner über jene Zeit schrieb, spürt man noch das Entsetzen, das damals die Stockacher packte und auch den Chronisten. Der evangelisch geprägte, württembergische Staat schlug mit Brachialgewalt zu. Die strengen Württemberger zogen die »schlaffen« Verwaltungszügel straff. War früher Kooptation bei der Besetzung des Rates üblich, so wurden nun die Mitglieder des Stadtmagistrats vom Staat ernannt. Der Schock über das rüde Treiben der Württemberger saß tief und hatte eine so nachhaltige Wirkung, daß manche noch heute bei Lauten aus dem württembergischen Unterland zusammenzucken. Übrigens mit dem Abzug der Württemberger 1810 verschwand nun endgültig die Landgrafschaft Nellenburg. Neue Ämter traten an ihre Stelle.

Mindestens vier Jahrhunderte lang war Stockach die wahre »Ziehmutter« des Hegaus, der »hauptsächliche« Ort. War der einstige wirkliche Herrschaftsbereich auch im 18. Jh. auf einen Bruchteil des ursprünglichen Umfangs zusammengeschmolzen, hatten sich zahlreiche Herrschaften von Nellenburg losgesagt und wurde an allen Ecken und Enden über Kompromißbezirke und Exemptionen gestritten, so blieb doch der Schatten der Schwingen des österreichischen Doppeladlers über dem Hegau. Seinen Horst hatte er in Stockach.

Quellen:

Der Landkreis Konstanz, Amtliche Kreisbeschreibung, Band IV, Sigmaringen 1984, S. 434ff. – Hans Wagner, Aus Stockachs Vergangenheit, Radolfzell 1967. – Peter Bohl, Die Stadt Stockach im 17. und 18. Jh., Strukturen und Funktionen einer Oberamtsstadt, Verwaltung, Wirtschaft, Gesellschaft, Bevölkerung, Konstanz 1987. – Fredy Meyer, Adel und Herrschaft am Bodensee, Geschichte einer Landschaft, Engen [1987]. – Herbert Berner, Die Landgrafschaft Nellenburg, in: Friedrich Metz, Vorderösterreich – Eine geschichtliche Landeskunde, Freiburg, 1967, S. 613ff. – Ders., Die Landgrafschaft Nellenburg und die Reichsritterschaft des Kantons Hegau-Bodensee, in: »Hegau« 1(19) 1965, S. 57ff. – Ders. (Hg.), Singen, Ziehmutter des Hegaus, Singener Stadtgeschichte Band 1, Konstanz 1987. – Hans Jänichen, Zur Geschichte des Landgerichts im Hegau und im Madach anhand eines neuentdeckten Auszugs aus dem Achtbuch, in: »Hegau« Heft 1 (25) 1968 S. 7ff.

»Es kam uns niemals in den Sinn, etwas gegen Regierung oder Staat zu unternehmen«
Die Demonstration der Tengener Steinbrucharbeiter vom November 1935, ihre Hintergründe und ihre Folgen.
Ein Kapitel Alltagsgeschichte des Nationalsozialismus aus dem westlichen Bodenseeraum

Vortrag von Werner Trapp (Konstanz), gehalten im Rahmen des von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württembergs vom 18.–20. 6. 1994 in Singen durchgeführten Seminars: »Formen des Widerstandes im Südwesten 1933–1945«

Wer sich in die etwas sauerstoffarmen Keller des Konstanzer Kreisarchives begibt und dort in den großformatigen Zettelrepertorien das Verzeichnis der Akten des ehemaligen Bezirksamtes Engen durchblättert, der stößt unter der Rubrik XXII/ 3 / 4: »Polizei – Sicherheitspolizei« auf einen Aktentitel, welcher das Herz jedes Widerstandsforschers höher schlagen läßt: »Demonstration der Steinbrucharbeiter der Firma Lauster u. Co. in Tengen« heißt es da – und als Laufzeit der Akte wird das Jahr »1935« angegeben.

Man glaubt, seinen Augen nicht zu trauen: Eine Arbeiter-Demonstration mitten im Dritten Reich? Zu einer Zeit, als dieses sich bereits beträchtlich nach innen konsolidiert und stabilisiert hatte? Und ausgerechnet in Tengen, einer kleinen Randengemeinde, weit weg vom Schuß?

Größte Neugier und entsprechend hochgeschraubte Erwartungen auf Seiten des Historikers sind also die erste wahrscheinliche und auch verständliche Reaktion. Und in der Tat, was sich da am 29. November des Jahres 1935 in Tengen zugetragen hat, ist ungewöhnlich, höchst ungewöhnlich sogar. Versucht man, sich aus den vielfältigen, zum Teil auch widersprüchlichen Aussagen und Berichten der Beteiligten ein Bild der Ereignisse zu machen, so hat sich dieser Tag in etwa wie folgt abgespielt: Am 29. November 1935 fand sich die 28 Mann starke Belegschaft des bei Tengen gelegenen Steinbruchbetriebes der Firma Adolf Lauster wie gewohnt um 8 Uhr zur Arbeit ein. Doch statt mit der Arbeit beginnen zu können, erfahren die Arbeiter aus dem Munde ihres Unternehmers, daß der Betrieb stillgelegt werden müsse und daß sie ab sofort entlassen seien. Zu verdanken hätten sie dies einzig und allein dem Ortsgruppenleiter der Tengener NSDAP, Paul Rösch. Dessen monatelange Machenschaften hätten nunmehr dazu geführt, daß eine Weiterarbeit im Steinbruch nicht mehr möglich sei. Enttäuschung und Erregung unter der Belegschaft sind groß: War doch der Steinbruch erst ein halbes Jahr zuvor eröffnet worden und hatte den meisten nach Jahren der Arbeitslosigkeit und der Not erstmals wieder eine feste Existenz gegeben. Und nun die Entlassung, dazu noch kurz vor Weihnachten!

Während die Arbeiter noch ihr Geschirr versorgen, kommt ein Anruf, die gesamte Belegschaft treffe sich im Gasthaus »Felsen« in Tengen. Der Unternehmer, Herr Lauster, ist auch zugegen und spendiert seinen Leuten Freibier und Vesper. Erregt wird beraten, was man machen könne. Das reichlich genossene Bier so früh am Morgen tut ein Übriges. »Wir holen ihn« – gemeint war der Ortsgruppenleiter – ruft einer in die Runde. »Jawohl, wir schlagen ihn tot!« Dazwischen Pfui-Rufe und lautes Geschimpfe. Und irgendjemand – wer genau, darüber gehen die Aussagen später auseinander – muß dann die Idee aufgebracht haben, im geschlossenen Zug durch den Ort zu marschieren und damit der gesamten Einwohnerschaft kundzutun, daß man entlassen sei und dies alles ganz allein dem Ortsgruppenleiter zu verdanken habe. Schnell macht die Parole »Jeder, der nicht mitmacht, ist ein Feigling!« die Runde. Plötzlich taucht die Idee auf, daß man auch eine Holztafel mit einer Parole bräuchte, um diese dem Zug voranzutragen. Eigens schickt man dafür einen der Arbeiter zum Malermeister Schreiber nach Tengen, der so was machen könnte – doch der Malermeister Schreiber ist nicht zu Hause. Der ledige Steinbrucharbeiter Georg B. schließlich fast sich ein Herz, macht die Tafel kurzerhand selbst und besorgt auch die Aufschrift: »28 Mann arbeitslos durch unseren Ortsgruppenleiter Rösch. Belegschaft Lauster.« Viele der Beteiligten sagen später aus, der Unternehmer selbst habe den Vorschlag gemacht, geschlossen durch Tengen zu marschieren und auch eine entsprechende Tafel mitzuführen.

Ja, als sie losgezogen seien, habe Lauster im »Felsen« regelrecht antreten lassen und »Rechts um, marsch!« kommandiert. Unbestritten jedenfalls ist, daß der Unternehmer und sein Betriebsleiter Karl V. dem Zug voranmarschierten, der sich nun auf den Weg machte durch den kleinen Ort – in Richtung »Schützen«, der nächsten Wirtschaft. Unterwegs jedoch kam man zunächst zum Marktplatz, woselbst gerade der Tengener Schweinemarkt abgehalten wurde. Hier nun hielt der Zug auf Initiative des Arbeiters Franz E. an, und zwar genau dort, wo der Vater des Ortsgruppenleiters seinen Stand hatte. Wieder wurden Pfui-Rufe und Schmähungen laut, mehr noch: Der später als »ehemaliger Kommunist« bezeichnete Franz E. hielt dort – »weil er die größte Schnauze« hatte, wie das einer seiner Kollegen neidlos anerkannte – eine öffentliche Rede. E. zieht mächtig vom Leder, erklärt den Leuten die Hintergründe der Entlassung, die Wut auf den Ortsgruppenleiter, der ihre soeben erst gewonnene Verdienstmöglichkeit wieder zerstört habe, und versteigt sich dann zu der Behauptung, daß »mit diesem Ortsgruppenleiter eh »noch nicht viel losgewesen« sei, daß »der bis jetzt noch nicht viel getaugt« habe. Das Ganze also wie gesagt also unter den Augen der Öffentlichkeit des Tengener Schweinemarktes.

Bevor es jedoch weiter Richtung Gasthaus »Zum Schützen« ging, zieht man vor das Haus der Mutter von Rösch, um, wie es hieß, »diese zu kränken und ihr die Suppe zu versalzen«. Vor dem »Schützen«, wo wieder reichlich Bier fließt, hält E. erneut unter zahlreichen Pfui-Rufen eine Ansprache. Von dort zieht man weiter zur »Frohen Aussicht«, wo Lauster wieder Freibier spendiert, so viel die Leute trinken können. Im »Frieden«, der nächsten Wirtschaft, steigern sich die Drohungen, die sich nun auch gegen den SA-Truppenführer Weber richten. Im »Adler« schließlich, der letzten Station – inzwischen hatten einige ihre Musikinstrumente geholt – singt man, reichlich angeheitert, vaterländische Lieder und bringt zuguterletzt ein dreifaches »Sieg-Heil« auf »unseren Führer« aus.

Auf dem Weg zum Gasthaus Adler, so heißt es später, habe der Wagen des Unternehmers den Umzug begleitet – für die Gendarmerie später ein Indiz dafür, daß Lauster im Falle des Eintreffens derselben eine Möglichkeit zur raschen Flucht haben wollte. Und in der Tat: Gegen 17 Uhr – noch bevor die Gendarmerie hätte zugreifen können – verschwindet der Unternehmer, der – wenn schon

nicht der Urheber, so doch eine tragende Gestalt bei diesem ganzen Unternehmen gewesen war – samt seinem Chauffeur im eigenen Kraftwagen Richtung Stuttgart, wo die Firma im nahen Cannstatt ihren Stammsitz hatte.

So weit eine erste, sehr summarische Schilderung der Ereignisse dieses Tages, die wir freilich nur noch aus der Optik der »Verfolger«, aus der Sicht von Gestapo, Gendarmerie und Behörden rekonstruieren können. Die andere Seite, jene der handelnden Arbeiter, ist uns nur in Form ihrer zum Teil umfangreichen Aussagen überliefert, welche der Gemeindegendarm, Oberwachtmeister Hamma, geflissentlich zu Protokoll genommen hat.

Die anfänglich hochgeschraubten Erwartungen des Historikers, vielleicht auch seine Neugier, haben jedenfalls schon hier, nach einer ersten Lektüre der Ereignisse, einen kräftigen Dämpfer bekommen – wenn sie denn nicht sogar schon ganz umgeschlagen sind in mehr oder weniger große Enttäuschung. Eine »politisch bewußte« Demonstration gegen »die« Herrschaft des Nationalsozialismus war dies offensichtlich nicht. Und von einer sozialistisch inspirierten und klassenbewußt handelnden Arbeiterschaft wird man hier wohl noch weniger sprechen können. Diese Aktion als eine Form des »Widerstands« gegen den Nationalsozialismus zu bezeichnen, wäre denn auch gänzlich unangebracht.

Was aber war diese Demonstration dann? Eine Form der Resistenz? Ein Ausdruck von Dissens? Volksopposition? Nonkonformität? Widerständigkeit? Keiner der so zahlreich vorhandenen Begriffe will hier offenbar so recht passen. Was auch wäre an Einsicht gewonnen, wollte man der Sache einfach ein schnelles Begriffs-Etikett verpassen?

Die Unsicherheit darüber, wie nun dieser Protestumzug der Tengener Steinbrucharbeiter zu bewerten sei, befällt jedoch nicht nur den Historiker des Jahres 1994 – sie trieb auch schon dem Tengener Oberwachtmeister Hamma den Schweiß auf die Stirn. Hamma, der wegen des allzu reichlichen Alkoholgenusses der Beteiligten erst am Tage danach erste Vernehmungen hatte durchführen können und am 1. Dezember weitere 25 Personen verhört hatte, beschreibt in seiner abschließenden Stellungnahme an das Bezirksamt Engen seine große Unsicherheit darüber, wie er auf diesen Umzug hätte reagieren müssen.

Der Gendarm nämlich stand höchstpersönlich auf dem Tengener Marktplatz, als der Umzug dort ankam und der Arbeiter Franz E. seine Rede hielt. Von dem, was da kam, jedoch wurde er vollkommen überrascht: »Einen politischen Marsch gegen den heutigen Staat konnte ich mir im Dritten Reiche und zudem auf dem flachen Lande und außerdem ich in der Marschkolonne zwei Blockwarte der NSDAP, 5 SA-Männer und weitere zwei Parteigenossen erblickte, nicht mehr vorstellen.« Er habe vielmehr zunächst beobachtet, wie der Zug anhielt und auch die Rede des E. mitangehört. Und erst als dieser dem Ortsgruppenleiter die Schuld zuwies für die Entlassungen und dann auch noch erklärte, »dieser habe bis zum heutigen Tage noch nicht viel getaugt«, tauchte im Kopf des Gendarmen plötzlich der Gedanke auf, daß, wie er sich ausdrückte, »darin ein politischer Angriff eventuell erblickt werden könnte«. Doch was tun? Der Gendarm wußte weder ein noch aus: »Um nicht einem Fehlgriff zu begegnen, begab ich mich eiligst in meine Wohnung und berichtete dem Gendarmeriebezirk Engen den Tatbestand, worauf ich nähere Anweisung erwartete. Nach dem Telefongespräch traf auch sofort Hauptwachtmeister Deissig bei mir ein, der sich ebenfalls nicht bewußt war, ob man einen politischen Zug erblicken könne. Auch wieder aus dem Motiv heraus, daß sich doch unter dem Zug Parteigenossen, Amtswalter und SA-Männer befanden«.

Gerade diese Tatsache hatte offenbar nicht nur die Sinne des Gendarmen verwirrt, sondern auch die so manches der beteiligten Arbeiter, die sich, wie Gustav M., beim Verhör darauf beriefen: »Ich könnte alles noch verstehen, wenn nur unwissende Bürger beieinander gewesen wären, wenn aber ein Blockwart der NSDAP wie ein Eugen E in Talheim alles befürwortet und sich noch solche Äußerungen erlaubt, dann weiß man überhaupt nicht mehr, was man sagen soll.«

War das, was sich da in Tengen am 29. November des Jahres 1935 zugetragen hatte, nun, wie der befragte Ortsgruppenleiter meinte, »ein regelrechter Propagandamarsch, der einem kommunistischen Umzug glich?« Eine, wie der Herr Landrat in Engen wenige Tage später feststellte, »unerhörte und mißglückte Aktion?« Oder handelte es sich um eine »harmlose Angelegenheit«, wie einer der später beschuldigten Arbeiter meinte – eine »rein wirtschaftliche Sache«, wie das der Unternehmer verstanden wissen wollte?

Die Unsicherheit über das, was da eigentlich vorgefallen war, blieb keineswegs auf den ohnehin nur auf Weisung handelnden Ortsgendarmen oder auf die beteiligten Arbeiter beschränkt. Der Ortsgendarm, der Vernehmungen erst am folgenden Tage vornehmen und diese seinem Vorgesetzten, dem Landrat in Engen, übermitteln konnte, hatte offenbar noch am selben Tag die Gestapostelle in Konstanz verständigt, deren Bericht der Landrat einen Tag darauf in Händen hielt.

Noch am Tage des Vorfalls, am 29. November, nachmittags gegen 15 Uhr, jedoch kamen der Landrat und die Spitzenverbände der NSDAP im Rathause zu Tengen zu einer Sitzung zusammen, um – während die Steinbrucharbeiter noch in den Wirtschaften zechten – den Vorfall zu beraten. Zugegen waren nicht

weniger als neun sogenannte »Hoheitsträger« der Partei, ein Vertreter der Gestapo aus Singen und ein Vertreter des Arbeitsamtes Konstanz. Dabei hatten die Hoheitsträger der Partei ein »energisches Eingreifen« verlangt und auch sogleich vorexerziert, was sie darunter verstanden: Zwei der Beteiligten wurden durch ein »Parteischnellgericht« ihrer Parteiämter enthoben und aus der Partei ausgeschlossen.

Der Landrat hingegen reagiert zögerlich. »Bei näherer Überlegung« konnte er sich zunächst noch nicht darauf verstehen, »die Inschutzhaftnahme der in Tengen wohnhaften Arbeiter des Betriebes zu beantragen«, weil er nämlich diese Arbeiter als die »von dem Betriebsinhaber Verführten« ansah. So beantragt er zunächst beim Geheimen Staatspolizeiamt in Karlsruhe, über den flüchtigen Betriebsinhaber Adolf Lauster sofort Schutzhaft zu verhängen. Zugleich ersucht er das Polizeipräsidium Stuttgart, Lauster in Gewahrsam zu nehmen.

Noch am selben Tage besinnt sich der Landrat erneut und beantragt bei der Gestapo Karlsruhe nun auch Schutzhaft für Franz E. – jenen Arbeiter, der in Tengen mindestens zweimal eine öffentliche Rede gehalten und den der Gendarm« als ehemaligen Kommunisten, der heute noch dieselbe Gesinnung haben dürfte«, bezeichnet hatte.

Drei Tage überlegt es sich der Landrat erneut und beantragt bei der Gestapo nun auch die Inschutzhaftnahme des Betriebsleiters Karl V., welcher zusammen mit Lauster dem Zug voranmarschiert war. Die »Badische Presse« vom 3. Dezember bestätigt in einer kurzen Meldung, daß das Geheime Staatspolizeiamt in Karlsruhe die Genannten »wegen staatsfeindlicher Umtriebe« in Schutzhaft genommen habe.

Erst nach Tagen, so gewinnt man den Eindruck, wird dem Landrat die mögliche politische Tragweite und Brisanz des Geschehens bewußt. Am 4. Dezember erstattet er dem badischen Innenministerium in Karlsruhe einen ausführlichen Bericht über diese, wie er es nannte, »unerhörte und mißglückte Aktion«. Auf die in diesem Bericht entfalteten Hintergründe derselben werde ich später noch zu sprechen kommen. Am 6. Dezember berichtet der badische Innenminister dem »Herrn Reichs- und Preussischen Minister des Innern« in Berlin über die Vorfälle und bestätigt die Schutzhaftbefehle gegen E., V. und Lauster. Während aber zwei der Beteiligten, nämlich die abhängig Beschäftigten V. und E. bereits in Haft sind, befindet sich der Unternehmer noch immer auf freiem Fuße, und dies obwohl das Amtsgericht Donaueschingen auch gegen ihn einen Tag zuvor einen Haftbefehl ausgestellt hatte. Zunächst hatte sich die württembergische politische Polizei nämlich geweigert, ihren badischen Kollegen Amtshilfe zu leisten, angeblich, »weil der Herr Reichsstatthalter von Württemberg die Inschutzhaftnahme des Lauster nicht wünsche«.

Der Rest der Geschichte aus Verfolger – Perspektive ist rasch erzählt: Am 7. Dezember ergehen richterliche Haftbefehle gegen den Betriebsleiter Karl V. und den Arbeiter Franz E. – diese werden in das Amtsgerichtsgefängnis Donaueschingen eingeliefert. Am 10. Dezember teilt der Reichsstatthalter von Baden seinem Innenminister mit, daß der badische Generalstaatsanwalt beantragt habe, Lauster wegen »Vergehens gegen die Verordnung zum Schutz des deutschen Volkes« in Untersuchungshaft zu nehmen. Am 12. Dezember wird wohl auch Lauster kurzzeitig inhaftiert, seine Anwälte legen jedoch umgehend Haftbeschwerde ein. Am 24. Dezember veranlaßt das Badische Geheime Staatspolizeiamt die Entlassung des Betriebsleiters Karl V. aus der Schutzhaft. Franz E. jedoch, der am 16. Januar 1936 aus der Schutzhaft entlassen wurde, sollte in das badische Konzentrationslager Kislau überführt werden. Am 14. April 1936 erläßt das Amtsgericht Engen auf Antrag des Oberstaatsanwalts beim Landgericht Konstanz Strafbefehle gegen Adolf Lauster, Karl V. und Franz E. Lauster erhält wegen Vergehens gegen die Verordnung zum Schutz des deutschen Volkes anstelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von 3 Monaten eine Geldstrafe von 900 RM, V. anstelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von 10 Tagen eine Geldstrafe von 50 RM.

E. wird mit einer Gefängnisstrafe von 4 Wochen bedacht, welche durch seine Untersuchungshaft bereits verbüßt war. Das Verfahren gegen die übrigen Beschuldigten wurde eingestellt, weil man lediglich eine Übertretung des § 17 der Verordnung zum Schutz des deutschen Volkes feststellte und eine mögliche Strafverfolgung wegen Verjährung nicht mehr in Frage kam.

Über das weitere Schicksal des für das KZ Kislau vorgesehenen Franz E. geht aus den Akten nichts hervor. Auch die Namen der übrigen beteiligten Arbeiter tauchen in den Akten des Bezirksamts bzw. der Gemeindeverwaltung Tengen nicht mehr auf.

Lediglich die dem Bezirksamt durch das Verfahren entstandenen Kosten sind auf den Pfennig genau nachzulesen: Ein Telegramm des Landrats an das Polizeipräsidium Stuttgart kam dieser Aufstellung zufolge auf 5 Mark 20, eine Autofahrt nach Tengen zur Inschutzhaftnahme von V. auf 5 Mark 75 und drei Ferngespräche mit der Gestapo auf 4 Mark 13 – summa summarum 78 Mark und 98 Pfennig.

Das Gros der Beteiligten war also noch einmal mit einem »blauen Auge« davon gekommen. Justiz und Behörden hatten darauf verzichtet, durch harte Repressalien den Vorfall womöglich erst weiter bekanntzumachen und am Ende gar eine Eskalation zu riskieren.

Auf den ersten Blick ist man vielleicht geneigt, die Tengener Aktion als eine der vielen Varianten dessen einzustufen, was Klaus Michael Mallmann und Gerhard Paul in ihrer brillanten Studie zum Thema

»Herrschaft und Alltag« über ein Industrierevier im Dritten Reich als »Heimtückediskurs« beschrieben haben: Das »Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniformen« vom 20. November 1934 war eines der vielen Instrumente des Dritten Reiches, das mittels unbestimmter und universeller Rechtskonstruktionen eine Massenloyalität zum NS-Staat erzwingen und mögliche Formen abweichenden politischen Verhaltens durch Abschreckung unterbinden sollte. Die überwiegende Zahl der Verstöße gegen die Bestimmungen des Gesetzes betrafen sprachliche Unmutsäußerungen, Einzelfälle von Schimpfereien über Parteifunktionäre, über wirtschaftliche und soziale Verhältnisse, wie sie nach vorausgegangenen Deklassierungserfahrungen oder Provokationen häufig vorkamen. Wirtschaftliche Notlagen oder Enttäuschungen über einzelne Maßnahmen des NS-Staates suchten sich in den sogenannten Heimtückereden ein Ventil, meist impulsiv, aus der Situation heraus und ohne den Hintergrund eindeutig politischer Motive oder gar einer prinzipiellen Gegnerschaft zum Nationalsozialismus.

Mallmann/Paul bezeichnen diese Äußerungen als eine »Minimalform des sozialen Ungehorsams«, aus denen man nicht auf eine wie immer geartete »politische Qualität« schließen dürfe. »Eigensinn« oder Kritik, die sich so artikulierten, hätten nie das »Funktionieren des Systems«, die »Systemloyalität« insgesamt in Frage gestellt. Dominiert hätte vielmehr ein oft nur aus der Situation geborener »völlig unpolitischer Gestus«, eine »Schwundform der Kritik und die ausschließlich subjektive Perspektive: Da wurden führende Nationalsozialisten in sexuell eingefärbten Termini als »Arschficker, Hurenvögel oder Arschlöcher« tituliert, das Dritte Reich mal als »Hurenstall« oder als »Saustall« bezeichnet, Wehrmacht, SA oder Politische Leiter als »Hampelmänner, Scheißkerle, Rindviecher und Hurenvögel« gegeißelt, »ohne daß auch hier«, wie Mallmann/Paul schreiben, »die Kritik einen rationalen Inhalt fand«. Erst die nationalsozialistische Praxis der Verfolgung solcher Alltagsäußerungen, ihre Übertragung in die Hochsprache der Justiz und die Herauslösung einzelner Äußerungen aus dem Kontext des Gesagten hätten diese in einer Weise politisiert, die weder »den subjektiven Intentionen und Motiven der Beteiligten noch den objektiven Wirkungen der inkriminierten Äußerungen entsprach.

Und in der Tat, vieles davon scheint auch auf den Fall der Steinbrucharbeiter von Tengen zuzutreffen. Und doch verdient dieser Fall einen zweiten, wesentlich genaueren Blick, eine zweite Lektüre, welche freilich mehr Fragen aufwirft als hier beantwortet werden können: Ich will die Beobachtungen und Fragen, die mir dabei in den Sinn gekommen sind, in folgenden Punkten zusammenfassen:

1) Im Unterschied zu den benannten Heimtückeäußerungen, die meist von Einzelpersonen in einem Umfeld gemacht wurden, in welchem man sich im Kreise Gleichgesinnter wähnte – im Wirtshaus, im Kreis von Arbeitskollegen oder auf der Straße – und deren Verfolgung in der Regel auf eine Denunziation zurückzuführen ist, geht die Tengener Aktion doch weit darüber hinaus: Sie war eine zwar spontane, ungeplante, aber eben doch organisierte öffentliche Demonstration, wie sie in der Literatur zum Thema »Widerstand« bisher nur im Falle des Generalstreiks gegen Hitler in Mössingen am 30. Januar 1933, in den von Mallmann/Paul geschilderten Grenzgänger – Demonstrationen im Saarland und in einigen wenigen anderen Fällen bekannt ist.

2) Vor allem aber war sie eine öffentliche Demonstration, die über die Halböffentlichkeit von Wirtshaus, Betrieb oder Straßengespräch hinausging und – wenn auch nur für kurze Zeit – einen Raum okkupierte, dessen Kontrolle Partei und Staat ganz für sich alleine beanspruchten.

Gerade hierin haben wohl nicht zufällig die höheren Funktionsträger des Repressionsapparates wie der Leiter des Geheimen Staatspolizeiamtes in Karlsruhe, Berckmüller, die eigentliche Provokation, die potentielle Bedrohung der bestehenden Herrschaftsstrukturen erblickt. Dieser hatte, nachdem ihm die Vorgänge bekannt geworden waren, sogleich kritisiert, daß man die Hauptbeteiligten nicht sofort in Schutzhaft genommen und insbesondere Lauster die Gelegenheit zur Flucht nach Stuttgart gegeben habe. Das Tengener Beispiel löste nicht nur bei dem angegriffenen Ortsgruppenleiter Assoziationen an die überwunden geglaubte Weimarer Zeit aus: Ein solcher »regelrechter Propagandamarsch, der einem kommunistischen Umzug glich«, durfte auf keinen Fall Schule machen und auch nicht groß bekannt werden – vielleicht mit ein Grund dafür, warum der Fall in der regionalen NS-Presse klein geschrieben wurde.

3) Wie bei einem Großteil der »Heimtückereden« hat auch hier der Alkohol eine entscheidende Rolle gespielt. Er wirkte, wie viele Arbeiter später als Entschuldigung anführten, wie eine Droge, die bald jegliche Hemmungen beseitigt hat: »Ich muß«, so beschrieb Josef W. diesen Effekt, »das zu uns genommene Bier im Gasthaus zum Felsen als Narkose betrachten, damit wir Mut zu dem Umzug bekommen sollten. Keinesfalls hätte im nüchternen Zustand ich, ja sogar mehr wie die Hälfte, an dem Umzug mitgemacht«. Und Josef Schneider, ein 38jähriger verheirateter Arbeiter meinte gar: »Wenn ich nun unterwegs geschrien habe, der Röschepaul gehört aufgehängt, so ist dieser Ausdruck durch meine Betrunkenheit mir entfallen, aber mit vollem Bewusstsein, behaupte ich, dass ich diese Äusserung bewusstlos ausgestossen habe«.

Worin aber genau bestanden die sonst, im nüchternen Zustand, vorhandenen Hemmungen vor einer solchen Tat? Mußte man erst die Angst hinunterspülen, damit womöglich gegen die politischen Normen und Verbote des NS-Staates zu verstoßen? Oder war dieser Umzug gar eine für eine ländliche Kleinstadt wie Tengen mit ihren gerade 1000 Einwohnern etwas so Ungewöhnliches, daß er schon zuvor gültige Normen der lokalen Gesellschaft verletzte?

Galten hier womöglich andere Maßstäbe, war gerade die auf ein örtliches Politikum und einen örtlichen Funktionsträger der Partei gemünzte Demonstration eine Verhaltensweise, die jenseits der Frage, wie man zum Nationalsozialismus insgesamt stand, zunächst einmal rein lokale Tabu- und Schamgrenzen verletzte?

Die Frage sei erlaubt: War es mehr der lediglich in Gestalt einiger ortsbekannter Gendarmen präsente »Terrorapparat« des Nationalsozialismus – oder waren es schon zuvor und weit länger existierende Normen einer Kleinstadtgesellschaft, welche besagten, daß »man« so etwas nicht tun darf? Oder anders gefragt: Griffen die Arbeiter mit den Formen ihres Umzugs, insbesondere mit der Ansammlung vor dem Stand des Vaters von Rösch auf dem Schweinemarkt und dem anschließenden Gang zum Haus der Mutter, um »dieser die Suppe zu versalzen«, nicht auf sehr alte, im Grunde schon aus dem Mittelalter überkommene Formen des Charivari zurück? Daß sich die Arbeiter, solange der Alkoholspiegel solches noch zuließ, durchaus Gedanken über diese Frage gemacht hatten, erhellt aus einigen der protokollierten Aussagen über den Charakter des Zuges: »Bevor wir abmarschierten«, so Franz E., »wurden auch alle darauf aufmerksam gemacht, daß größte Ordnung sein muß und daß niemand belästigt werden darf. Die ganze Belegschaft wurde dahin belehrt, daß größte Ruhe und Besonnenheit bewahrt werden müsse«.

Der Steinbrucharbeiter Georg B sagt: »Daß der geschlossene Aufmarsch keine Demonstration vorstellen sollte, beweist auch die vorhergegangene Aussprache, daß wir nicht die Ortsstraße entlanglaufen können wie eine Schafherde, man müsse ordnungsgemäß marschieren, damit es auch etwas gleichsehe«.

Und ein anderer, SA-Mitglied, bekannte: »Mir kamen mit der Zeit die Gedanken, was auch die Leute darüber denken würden und insbesondere die Familie des Paul Rösch«.

Und doch wiederum konnten sich die Arbeiter in allen Wirtschaften der Stadt frei bewegen und frei von der Leber weg reden, ohne daß irgendein Wirt, eine Bedienung oder ein Stammgast auf die Idee gekommen wäre, die Gendarmerie zu rufen oder einzelne per Anzeige zu denunzieren – und das ausgerechnet in einer Kleinstadt, in der die NSDAP bei den Märzwahlen 1933 mit über 60% der Stimmen gewonnen hatte! Eine merkwürdige Paradoxie ergibt sich aus der Tatsache, daß in diesem Zug sowohl ortsbekannte ehemalige Kommunisten wie NSDAP- und SA-Leute mitmarschierten. War gerade das für den Gendarmen ein Grund für sein Zögern und seine Hilflosigkeit, so konnte der mit beschuldigte Unternehmer Lauster sein Unrechtsbewußtsein wiederum gerade auf die Untätigkeit der Gendarmerie stützen. Wie hätte man denn auch während der angeblichen »Hetzrede« des Franz E. an eine unrechtmäßige Handlung denken können, wo doch »der Gendarm Hamma in Uniform zugegen war und alles mitangehört hat, ohne irgendwelchen Anstand an diesen Aussagen zu nehmen oder irgendetwas ›Verdächtiges‹ oder ›Staatsfeindliches‹ an diesen Aussagen zu finden?«

4) Was aber war dann das »Politische« an der Aktion? Gewiß: Nahezu alle vom Ortsgendarmen verhörten Arbeiter betonen, daß sich der »Umzug« nicht gegen den Staat oder das Dritte Reich an sich gerichtet habe. Selbst wenn man diese Protokolle nicht zum Nennwert nehmen darf und die Einschränkungen der Verhör-Situation berücksichtigen muß, so sind doch Beteuerungen wie die des später verhafteten Franz E. ohne weiteres glaubhaft, der dem Gendarmen gegenüber erklärt hatte: »Es kam uns niemals in den Sinn und selbst auch mir nicht, etwas gegen Regierung oder Staat zu unternehmen« – und damit den Titel zu diesem Vortrag lieferte. Oder, wie es der vernommene Karl W., ausdrückte: »Vor allem nahmen wir anfangs nicht an, daß der Marsch politisch ausarte«. Oder, um noch ein Beispiel, den Ingenieur Ludwig A., zu zitieren: »An eine politische Tat bzw. an eine strafbare Handlung habe ich überhaupt nicht gedacht«.

Auch wenn die Demonstration der Tengener Arbeiter vielen von diesen wie auch dem Unternehmer selbst also als eine rein wirtschaftliche Angelegenheit, ein Eintreten für ihre berechtigten Interessen ohne politischen Hintergrund erschien, so spielt in der konkreten Praxis von Gendarmerie und Justiz dieser politische Hintergrund doch eine zwar unauffällige, bei näherem Hinsehen jedoch sehr wohl fühlbare Rolle.

Hatte die zunächst vernommene kleine Gruppe von Arbeitern behauptet, mit ihrem Zug gegen ihre Entlassung protestiert haben zu wollen, so wird bei der Vernehmung der großen Gruppe am darauffolgenden Tag ein ganz anderes Bild sichtbar: Stereotyp sehen sich die Arbeiter nun als Opfer eines von der Gruppe bzw. einer kleinen Gruppe von Rädelsführern ausgeübten Gruppenzwangs: Man habe mitmarschieren müssen, um nicht als Feigling geschlagen zu werden und um nicht seine Arbeit zu verlieren, die man doch eben gerade schon verloren hatte. Diese Behauptung wird von 21 der Vernommenen so stereotyp wiederholt, daß an eine abgesprochene Version zu denken ist. Der Gendarm hingegen ist

bemüht, von diesen 21 eine Gruppe von »Führern« des Demonstrationszuges abzugrenzen, die er im Protokoll auch eigens hervorhebt – drei der Beschuldigten dürften, so der Gendarm »auch heute noch etwas kommunistische Gesinnung in sich tragen«. Und Franz E., einer von diesen, war sogar so unvorsichtig, dem Gendarmen zu sagen, daß diese Demonstration gegen den Ortsgruppenleiter nur der »erste Schritt zur Säuberungsaktion in Tengen« gewesen sei und daß »in dieser Sache noch weitere Schritte folgen« würden.

So ist auch Franz E. wohl nicht zufällig der einzige, der so viel Unverfrorenheit mit der Einweisung in ein KZ bezahlen mußte.

Wer Aktionen wie die der Tengener Steinbrucharbeiter und deren Motive vorschnell von einer näheren Analyse ausschließt, nur weil diesen keine »rationale« oder »systembezogene« Kritik zugrundelag, wer nur danach fragt, ob und wie weit solche Aktionen den »Bestand des Regimes« tatsächlich gefährden konnten, der wird an die komplexen Alltagswirklichkeiten des Dritten Reiches nicht wirklich herankommen. Er läuft zudem Gefahr, das politische Verhalten einer großen Zahl von Menschen an einem abstrakten Begriff von Politik zu messen, der dem Denken, Handeln und Erleben der meisten Menschen äußerlich bleibt.

Um nicht mißverstanden zu werden: Hier ist nicht von politischem Widerstand die Rede. Der Begriff des politischen Widerstandes sollte in der Tat für jene Menschen und Handlungen reserviert bleiben, die sich aus bewußter Erkenntnis des verbrecherischen Charakters des Nationalsozialismus ebenso bewußt gegen dessen Herrschaft insgesamt gewandt und dabei oftmals ihr Leben nicht nur aufs Spiel gesetzt, sondern auch verloren haben. Alle übrigen Formen von Non-Konformität, Dissens oder Verweigerung unterhalb der Ebene des bewußten politischen Widerstandes jedoch bedürfen einer sorgfältigen Einzelfallanalyse und eines um die Dimensionen alltäglichen Handelns erweiterten Begriffs von Politik. Ebensowenig sinnvoll erscheint es mir, den Einzelfall Tengen, wie es z. B. das »Bayern-Projekt« des Münchner Instituts für Zeitgeschichte getan hat, aus seinen lokalen Kontexten zu lösen und im Rahmen einer Dokumentationskollage als beliebiges Versatzstück für die Untermauerung allgemeiner Thesen zu verwenden. Ich gebe Mallmann/Paul durchaus Recht in ihrer Kritik, daß diese Methode leicht Gefahr läuft, die Wirklichkeit zu verzerren, indem sie aus einem »Volk von treu dem Nationalsozialismus Hingegebenen« ein »Volk von Verweigerern, Widerständigen und Unangepaßten« macht.

Sinnvoller scheint mir vielmehr eine möglichst exakte Einordnung des jeweiligen Einzelfalls in örtliche und auch regionale Kontexte, der Versuch, die Bedeutung des Einzelfalls für die Entwicklungen einer lokalen Gesellschaft zu erhellen und dabei allgemeine Fragestellungen stets im Auge zu behalten. Dies kann hier nur noch in ersten Andeutungen geschehen, denn zu vieles habe ich selbst noch nicht erforschen können und vieles wird vielleicht auch nicht mehr zu erhellen sein.

Ein solcher regional- und sozialgeschichtlicher Ansatz sollte durchaus auch fragen, inwieweit Aktionen dieser Art Aufschlüsse geben können über den konkreten Charakter der lokalen NS-Herrschaft bzw. ob sie diese sogar in Frage stellen konnten in mindestens ebenso legitimer und wichtiger Maßstab für die Beurteilung solcher Einzelaktionen scheint mir dabei die Frage nach der konkret deutlich gemachten Unterdrückung der einzelnen wie einer Gruppe, die Frage nach dem daraus resultierenden Leidensdruck, die Frage auch, ob und wie Menschen durch eine bestimmte Entwicklung zu rechtlosen Objekten gemacht wurden, bzw. ob und wie sie die Chance hatten, als bewußt handelnde Subjekte an einer solchen Entwicklung mitzuwirken.

Wie also wäre die Demonstration der Tengener Steinbrucharbeiter einzuordnen in die Entwicklungen und Veränderungen, welche die lokale Gesellschaft des Ortes in den Jahren nach 1933 erfuhr? Wir können hier nicht die Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Randenkleinstadt im 19. und 20. Jahrhundert ausbreiten, zumal diese bis jetzt nur ungenügend erforscht ist. Jedem, auch dem nur oberflächlichen Betrachter, muß jedoch sofort eine Tatsache ins Auge fallen – die der Stagnation der Gemeindebevölkerung. Der große Entwicklungsschub der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts scheint an Tengen nahezu spurlos vorübergegangen zu sein. Zählte die Stadt im Jahre 1852 insgesamt 854 Einwohner, so war deren Zahl bis zum Jahre 1900 auf 762 zurückgegangen, um bis 1933 noch weiter abzunehmen. Bis auf eine kleine Ziegelei, die zeitweise 10 bis 15 Arbeiter beschäftigte, gab es keine Industrie. Der oft geforderte und oft versprochene Anschluß an die Eisenbahn, der das Blatt vielleicht hätte wenden können, kam nie zustande. Das heißt, ein großer Teil der überschüssigen Bevölkerung, die in der örtlichen Landwirtschaft oder im Kleinhandwerk keine Arbeit fand, muß zur Ab- bzw. auch Auswanderung gezwungen gewesen sein.

Auffällig ist auch die politische Entwicklung. Trotz des hohen Katholikenanteils von 93 % war die Vorherrschaft der Zentrumspartei hier nie unangefochten. Bei den Landtagswahlen 1909 z. B. standen 93 Zentrumsstimmen immerhin 68 liberale Stimmen gegenüber, bei der Stichwahl setzte sich der Zentrumskandidat nur knapp mit 92 gegen 83 Stimmen durch. Bei den Landtagswahlen von 1925 kam das Zentrum nur noch auf 45 %, andere bürgerliche Gruppierungen hingegen auf 47 % der Stimmen, während SPD oder KPD nie eine Rolle spielten.

Dies darf durchaus als Ausdruck für eine krisenhafte Entwicklung interpretiert werden. Dafür spricht auch die Tatsache, daß die NSDAP in dieser fast rein katholischen Kleinstadt – ganz im Gegensatz zu den

Ergebnissen der Partei in vielen anderen katholischen Gebieten – schon im Juli 1932 deutlich über dem Zentrum lag, bei der Märzwahl 1933 sogar fast doppelt so viele Stimmen wie das Zentrum bekam: mit 62,1 % erreichte die NSDAP in Tengen fast 20 % mehr als im Reichsdurchschnitt.

Typisch für die krisenhafte Entwicklung ist gerade auch die bescheidene »Industrie der Steine und Erden«, sind die in Tengen und Umgebung zahlreich zu findenden Steinbrüche, in welchen der früher fälschlich als »Muschelkalk« bezeichnete sogenannte Randenkalk gebrochen wurde. Dieser Randenkalk wurde schon von den Römern abgebaut, auch im Mittelalter sind zahlreiche Brüche erwähnt. Im 19. und frühen 20. Jahrhundert fanden die Steine aus Tengen bei zahlreichen öffentlichen Bauten in der Region Verwendung. Der Abbau wurde jedoch ausschließlich kleingewerblich von örtlichen Kleinstunternehmern und auch von Bauern der Umgebung betrieben, die sich oft nicht einmal um eine behördliche Genehmigung scherten. Mit der Weltwirtschaftskrise kamen die Brüche von Tengen, zum Teil, weil sie ausgebeutet waren, zum Teil auch wegen der Krise auf dem Bausektor, zum Erliegen. Die Tatsache, daß die in der Schweiz als Pendler beschäftigten Arbeitskräfte nunmehr ebenfalls ihren Arbeitsplatz verloren und ausgewiesen wurden, verschärfte die örtliche Wirtschaftskrise zusätzlich.

Doch mit dem Beginn der Ära des Nationalsozialismus sollte der Tengener Muschelkalk eine neue, ungeahnte Karriere erleben. Ein Professor vom »Geologisch-Mineralogischen Institut der Technischen Hochschule Karlsruhe« namens Göhringer war es, der im Sommer 1934 den Cannstatter Natursteinproduzenten Adolf Lauster auf der Suche nach neuen Abbaugebieten durch ganz Süddeutschland begleitete und dabei unter anderem auch nach Tengen brachte. Göhringer pries nicht nur die ästhetischen und baulichen Qualitäten der dortigen Steine, er hatte vor allem auch die – sozusagen »ideologischen« – Voraussetzungen für deren künftige Karriere klar erkannt: »Uralte Steinindustrien«, so schreibt er in einem Gutachten für den Tengener Bürgermeister, »haben an vielen Orten ihre Auferstehung gefeiert, seitdem das neue Reich Großbauten (wie in München, Nürnberg und Berlin) in Angriff genommen hat, deren Formen die nationalsozialistische Idee für Jahrtausende dokumentieren sollen. Daß zur Gestalt dieser steinernen Zeugen auch das passende Material gehört, ist selbstverständlich. Kunststeine in jeder Art und Form wären zu verwerfen. Das in der Heimat gewachsene, also bodenständige Material, kann nur der Ausdruck der artgemäßen, deutschen Weltauffassung sein. Einen Beitrag an solchen geeigneten Baumaterialien liefert zum Beispiel die durch die Vulkanberge gekrönte Hegaulandschaft bei Tengen. Hier wird ein Gestein abgebaut, das seit Jahrhunderten als geschätzter Bau- und Werkstein eine bedeutende Rolle spielte. Kirchen von tausendjährigem Alter, alte Brücken und Häuser beweisen, daß dieser tertiäre Kalk (von der Technik als Muschelkalk bezeichnet) eine lange Lebensdauer hat«.

Der Cannstatter Unternehmer wittert die Chance – und er nutzt sie. Im Januar 1935 stellt er bei der Gemeinde – von Bürgermeister und Kreisleiter nach Kräften unterstützt – den Antrag, einen der katholischen Pfarrpfründe von Tengen gehörigen und seit 1930 stilliegenden Steinbruch wieder in Betrieb zu nehmen, und verspricht die Schaffung von 50 bis 60 neuen Arbeitsplätzen. Mit Hilfe der Gemeinde kauft Lauster Grundstück um Grundstück – der Protest regionaler Kleinunternehmer kommt zu spät. Bald hat Lauster auch Großaufträge für Staat und Partei in der Tasche, so für den pompösen Neubau des Reichsluftfahrtministeriums in Berlin, für den Flughafen in Berlin-Tempelhof und wohl auch für Parteitagsbauten in Nürnberg. Aber auch in Tengen selbst sorgt der neu eröffnete Steinbruch für Aufsehen: Täglich kommen viele Leute aus der engeren und weiteren Umgebung, um die modernen Anlagen zu bewundern und sich über die neuen fortschrittlichen Abbaumethoden zu informieren, welche nunmehr die alten, eher handwerklichen verdrängt hatten.

Der 1896 in Stuttgart-Cannstatt geborene Adolf Lauster, dessen berufliches und sonstiges Einkommen nach den Angaben auf seinem Personalienbogen angeblich ebenso unbekannt war wie der Gesamtwert seines beweglichen und unbeweglichen Vermögens (»will er nicht wissen, dürfte aber nahezu Millionär sein«), zählte zu den Großen der deutschen Steinindustrie. Allein in seinem Cannstatter Betrieb arbeiteten zu jener Zeit 250 Leute, weitere Betriebe der bereits 1805 gegründeten Firma bestanden im Unterfränkischen und nun eben auch im Randengebiet.

So viel Erfolg macht selbstbewußt, allzu selbstbewußt vielleicht: Lauster, der den ersten Industriebetrieb – für Tengener Verhältnisse schon ein Großbetrieb – in den Ort gebracht hatte, kümmert sich wenig um behördliche Auflagen und läßt gar manches Schreiben von Behörden unbeantwortet. Besonders die Frage, wohin der reichlich anfallende Abraum gebracht werden soll, wird bald zum beständigen Streitpunkt zwischen ihm und der Gemeinde bzw. staatlichen Behörden.

Gegen den Plan, den Abraum einfach in die landschaftlich wertvolle Altenbachschlucht zu kippen und den Bach selbst in Zementröhren zu verlegen, erhebt das Bezirksamt bald schwere Bedenken.

Die Situation spitzt sich zu, als Lausters Erfolge auch die Konkurrenz auf den Plan rufen, welche sich in Gestalt der Berliner Firma Zeidler u. Wimmel im Herbst 1935 ebenfalls in Tengen niederläßt und mit umfangreichen Grundstückskäufen beginnt. Doch statt sich gegenseitig aus dem Weg zu gehen und in weit auseinanderliegenden Gebieten zu graben, kaufen die beiden Firmen Grundstück um Grundstück in der

Interessensphäre des jeweiligen Konkurrenten, wodurch sie sich am Ende gegenseitig abschnüren und nahezu lahmlegen. Der gnadenlose Konkurrenzkampf der beiden Firmen, die mit allten Mitteln und zum Teil auch wohl mit sittenwidrigen Verträgen versuchen, an die entsprechenden Grundstücke heranzukommen, hat denn auch zur Schließung des Lauster'schen Betriebes am 29. November 1935 geführt – denn ein wichtiges Grundstück, welches Lauster für den Abtransport seines Abraums gebraucht hätte, hatte sich inzwischen die Berliner Konkurrenz unter den Nagel gerissen. Die Rolle des Ortsgruppenleiters, der für die ganze Misere verantwortlich gemacht wurde, bleibt dabei zwiespältig und undurchsichtig. Gehen wir zu seinen Gunsten davon aus, daß er – von der besten Absicht geleitet, auch der Konkurrenz eine Chance zu geben, um damit noch mehr Arbeitslose unterzubringen – ohne bösen Willen und lediglich in Unkenntnis besserer Lösungen schlicht das für beide Firmen Falsche getan hat. Immerhin schaltete er sich, wie auch der Bürgermeister, aktiv in die Grundstückspolitik der beiden Firmen bzw. der Gemeindebewohner ein, riet einigen, mit dem Verkauf noch zu warten, um höhere Preise zu erlösen, und übte auf andere Druck aus, ihre Grundstücke nicht an Lauster zu verkaufen. Ja, er soll der Firma Lauster unter Zeugen gedroht haben, dieser, wenn sie bestimmte Grundstücke nicht an die Konkurrenz abtrete, jegliche Unterstützung seitens der Gemeinde durch Auffüllen, Zufahrten oder sonstige Dinge zu versagen – ihm als stellvertretendem Bürgermeister seien dazu alle Machtmittel an die Hand gegeben.

Der wenig appetitliche Streit der beiden Firmen, der noch nach Ende des Krieges Anwälte beschäftigt und dicke Akten gefüllt hat, braucht uns hier nicht weiter zu interessieren. Denkbar ist zumindest, daß die Polarisierung der sich um die Abbaugrundstücke reißenden Firmen auch zu entsprechenden Polarisierungen in der Gemeinde geführt hat und daß Rösch in diese allein schon über die vielfältigen verwandtschaftlichen und sonstigen Bindungen und Verbindungen mit verwoben war.

Für die Bewertung der Aktion der Steinbrucharbeiter ist für unsere Fragestellung alleine von Bedeutung, daß diese den Funktionsträger der Partei mit einem für sie äußerst nachteiligen, ja fatalen Stück Gemeindepolitik verbanden und entsprechend handelten. Das verweist auf einen auch »politischen« Charakter ihrer Demonstration, wenngleich sie ihr Anliegen personalistisch verkürzten und nicht das »NS-System« insgesamt, sondern »lediglich« eine gemeindepolitische Frage zum Ziel hatten. Ich setze »lediglich« in Anführungszeichen, denn für diese Arbeiter ging es hier um sehr viel, nämlich um ihre Existenz. Dabei unterschied das politische Alltagsbewußtsein dieser Arbeiter deutlich zwischen einer lokalen, eigenständigen Welt mit ihren eigenen Regeln auf der einen und dem für sie ungemein weit entfernten, abstrakten und allgemeinen »System« auf der anderen Seite: Für sie war der Ortsgruppenleiter der »Rösche-Paul«, den man natürlich schon aus der Zeit vor 1933 kannte, der, wie einer sagte, »Ortsgruppenverleiter« oder »Ortsgruppenverführer«, dem man »zuerst den Kittel ausziehen müsse«. Für den Gendarmen, den Landrat, die Gestapo und die NSDAP-Oberen hingegen war er zuallererst einmal ein »Hoheitsträger der Partei«, dessen Autorität mit der des NS-Staates in der Tat aufs engste verknüpft war.

Von diesen Arbeitern – viele von ihnen gescheiterte Handwerker oder Bauern bzw. Bauernsöhne, die in der Landwirtschaft kein Auskommen mehr fanden – von diesen Arbeitern, die, aus Tengen und den Dörfern der Umgebung bunt zusammengewürfelt, erst seit einem halben Jahr gemeinsam gearbeitet hatten und ohne jede gemeinsame Arbeitserfahrung oder gar Erfahrung in Lohn- oder Streikkämpfen waren, eine irgendwie »rationale«, gar »systembezogene« Kritik zu erwarten, scheint mir deren Möglichkeiten weit zu verfehlen. Vieles spricht sogar dafür, daß sie bei dieser Demonstration – vermutlich der ersten und letzten ihres Lebens – nur ein Instrument in der Hand ihres Unternehmers waren, welcher sich denn auch später bemühte, die Verantwortung dafür weitgehend auf seine Kappe zu nehmen.

Die Hintergründe der Demonstration der Tengener Steinbrucharbeiter vom 29. November 1935 als Einzelereignis erhellen so schlaglichtartig die tieferen Umbrüche und Strukturwandlungen, verweisen auf den gewaltigen Modernisierungsschub, welchen die kleine Randengemeinde nach 1933 erfahren hat. Der Tengener Muschelkalk wurde mit dem Nationalsozialismus gleichsam über Nacht auf dem gesamten deutschen Markt bekannt, die kleinstädtisch-ländliche Ökonomie bald in die Strukturen des Weltmarktes einbezogen. Lauster weiß sich, wenn es Schwierigkeiten mit der Gemeinde oder mit Behörden gibt, der Unterstützung höchster Reichsstellen sicher und setzt diese gekonnt ein. So legte er bei Bedarf ein Schreiben des Reichsluftfahrtministeriums vor, in dem es heißt: »Die Ihnen übertragenen Arbeiten im Umfange von 120000 qm3 Kalksteinmaterial sind, wie ich wiederholt Ihnen gegenüber betont habe, äußerst dringend. Diese Arbeiten müssen mit größter Beschleunigung durchgeführt werden. Seien Sie sich bewußt, daß der Ihnen übertragene Auftrag für einen Reichsbau bestimmt ist, der pünktlich erledigt werden muß, damit die termingemäße Fertigstellung des Reichsluftfahrtministeriums nicht gefährdet wird. Falls Sie im Rückstand bleiben, müßte ich sie zur Verantwortung ziehen«.

In Tengen muß damals ein regelrechtes »Muschelkalkfieber« ausgebrochen sein. Die Grundstückspreise stiegen ins unermeßliche, Lauster zum Beispiel bot Bauern das 10fache des eigentlichen Wertes, nur um seiner Konkurrenz das Wasser abzugraben. Andere bereuten es, zu früh verkauft zu haben, und zogen vor Gericht, vergeblich. Wieder andere wurden im Interesse der beiden Großfirmen enteignet. Die lokalen

Kleinstunternehmer fühlten sich an die Wand gedrückt und waren bald nur noch Instrumente in der Hand der Großfirmen. Tag und Nacht wird in den Steinbrüchen gearbeitet, damit die Steine für die Bauten des »Tausendjährigen Reiches« rechtzeitig geliefert werden können. Just am Tag, als Lauster inhaftiert wird, bekommt dieser einen Großauftrag für den japanischen Markt!

Die Steinbrucharbeiter, die mit ihrer Demonstration für einen kurzen Augenblick zu Subjekten dieser Veränderungen wurden, sind bald schon wieder bloße Objekte in diesem Prozeß. Und auch Opfer: Denn es muß schnell gehen, und für kleinliche Sicherheitsauflagen von Behörden ist da wenig Zeit. Im Herbst 1937 kommt eine fahrlässig gebaute Transportbrücke zum Einsturz, drei Arbeiter werden schwer verletzt, einer von ihnen stirbt wenige Tage später an den Folgen. Lauster tröstet die Witwe damit, daß ihr Mann »wie der Soldat im Feld als Soldat der Arbeit, infolge der Gefahren des Alltages, die nun einmal die Arbeit und das Dasein überall auf dieser Welt mit sich bringen, sein Leben lassen mußte, als einer unserer Besten«. Das Landgericht Konstanz aber verurteilt den Unternehmer und andere Verantwortliche wegen Fahrlässigkeit.

Der tragische Unglücksfall erhellt das ganze Ausmaß an Unterdrückung und Rechtlosigkeit dieser ländlichen Arbeiter: Denn dieser Unfall, das geht aus den Dokumenten hervor, war nicht »tragisches Schicksal«, sondern »um der höheren Sache willen« bewußt in Kauf genommenes Risiko. So hatte Lauster bereits am 11. 4. 1935 gegen die vielen behördlichen Auflagen für den Bau seiner Transportbrücke mit den Worten polemisiert: »Wenn man heute durch die ganzen deutschen Lande fährt, so werden überall Strassen gebaut, Brücken gebaut, Strassen verlegt, Berge abgegraben und dergl. und dergl. ... Wenn bei jeder Strassenüberquerung durch eine Transportbrücke solche Umstände gemacht würden wie hier, so wäre sicherlich nicht der große Plan des Führers, die Arbeitslosigkeit zu mildern, auch nur annähernd gelungen.« Lauster plädiert statt dessen für den Bau einer Brücke, »ohne viel Aufhebens und Berechnungen zu machen«: »Diese Brücken werden bekanntlich von den Aufsichtsbeamten der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft auf ihre Stabilität und Haltbarkeit geprüft, aber rein gefühlsmässig, ohne statische Berechnung«, so heißt es in einem Schreiben an das Bezirksamt Engen. Und das badische Gewerbeaufsichtsamt in Karlsruhe stellte nach dem Unglück im Dezember 1937 fest, daß die Brücke gegen jede technische Vernunft errichtet worden war: »Gegen unsere innere Stimme mussten wir durch den äusseren Zwang die Inbetriebnahme der Brücke mitansehen und zulassen. Bei der ersten Befahrung stürzte sie zusammen.«

Wenig später droht das Badische Gewerbeaufsichtsamt sogar die Stillegung des Betriebes an, da die Abraumfrage noch immer alles andere als gelöst ist. Im November 1938 kommen in der Tat große Abraummassen in Gleitung und drohen, das gesamte Körbelbachtal zu verschütten. Im Frühjahr 1939 will Lauster den Abraum sogar auf einem Platz hinter dem Rathaus deponieren – doch die Gemeinde ist entschieden dagegen. Nun werden auch die Nachteile des »Muschelkalkfiebers« immer offenkundiger, zum Beispiel der ständige Verkehr mit Schwerlastwagen auf der engen Ortsdurchfahrtsstraße, die bei nasser Witterung einer einzigen »Schlammpfütze« und bei trockener Witterung einer »dauernden Staubwolke« gleicht. Immer häufiger klagen die Bewohner über diese und andere Folgen der neuen ökonomischen Realität. Im Mai 1939 sind viele Landwirte und auch Gemeinderäte nicht mehr bereit, ihre wertvollen Gartengrundstücke durch Verkauf in Abraumdeponien verwandeln zu lassen und lehnen jede weitere Verschandelung des Orts- und Landschaftsbildes ab.

Doch Lauster ficht das offenbar wenig an. Im Juli 1939, kurz vor Kriegsbeginn, startet er auf dem Wannenberg bei Tengen neue Grabversuche – ohne behördliche Genehmigung. Die Probeschürfungen, so teilt er dem Landrat in Konstanz am 10. Januar 1941 mit, dienten der Suche nach einem größeren Travertinvorkommen, denn »gemäß Anweisung des Herrn Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt würden nach dem Krieg riesige Mengen Natursteine benötigt, weshalb uns heute schon die Aufgabe gestellt wurde, rechtzeitig nach allen geeigneten Vorkommen zu suchen«.

Doch die Sache kam anders, und der Wannenberg blieb den Tengenern erhalten. Und auch den Ortsgruppenleiter der NSDAP können sie nicht in allzu schlechter Erinnerung behalten haben: 1957 machten sie ihn zum Bürgermeister, später auch noch zum Ehrenbürger ihres Städtchens.

So also könnte man diese Geschichte aus der nationalsozialistischen deutschen Provinz enden lassen, wäre sie nicht in den Jahren nach 1945 in einer sehr bezeichnenden Weise weitergegangen. Zu der von der Gemeindeverwaltung Tengen bereits im Jahre 1937 angelegten Akte mit dem Titel »Enteignungsantrag der Firma Adolf Lauster & Co. in Stuttgart-Cannstatt gegen Albert Maier Eheleute in Tengen« gesellte sich nun eine zweite, noch wesentlich umfangreichere mit dem umgekehrten Titel: »Enteignungsantrag der Firma Otto Meier, Oberbadisches Muschelkalkwerk in Tengen gegen die Firma Adolf Lauster & Co. Travertinwerk in Stuttgart«. Einer der in Tengen zu kurz Gekommenen, ein kleiner Steinbruchbesitzer, der nun klagte, Lauster habe durch die umfangreichen Grundstückskäufe »ihn und seine Existenz vollständig vernichten« wollen, glaubte nun, unter demokratischen Verhältnissen, das Rad der Geschichte noch einmal zurückdrehen zu können, um sich für seinen eigenen Betrieb wenigstens bescheidene Entwicklungschancen zu sichern. Doch sein Antrag wird – nach jahrelangen Verhandlungen – abgelehnt, an den einmal geschaffenen Verhältnissen ist nicht mehr zu rütteln.

Lauster selbst ist schon im Sommer 1946 wieder dick im Geschäft, bei der Trümmerräumung wie in den kommenden Jahren beim Wiederaufbau der zerstörten deutschen Städte. Für solche Wiederaufbauplanungen, so erklärte der Prokurist der Firma, brauche man »leistungsfähige Firmen mit eminenten technischen Erfahrungen, Bauingenieuren, Architekten, Maschinen- und Elektroingenieuren und bestens qualifizierten Facharbeitern, eigenen Maschinenwerkstätten usw.«. Bereits habe man von der Militärregierung wie von der württembergischen Landesregierung ein besonderes Eisenkontingent hierfür bewilligt bekommen.

Nur die Säulen für die große Porta Triumphalis, die – so erzählen alte Stuttgarter – der Führer für die Feier des Endsiegs bei Lauster bestellt haben soll, kamen nicht mehr zum Einsatz. Sie sind noch heute am Eingang des Betriebsgeländes in Cannstatt zu sehen.

Steine und die sie produzierenden Unternehmer, so könnte ein anderes Ende dieser Geschichte lauten, werden eben immer, oder doch zumindest fast immer, gebraucht.

Zehn Jahre Arbeitskreis Landeskunde – Landesgeschichte Stockach Standortsbestimmung und Arbeitsbilanz 1984–1994

Vortrag, gehalten von Fredy Meyer, Stockach-Wahlwies, anläßlich der Jubiläumsveranstaltung vom 11. 10. 1994 im Großen Saal des Palottiheims Stockach

Gedenktage und Jubiläen, die Erinnerung an bedeutende, ja außergewöhnliche Ereignisse, spielen im Bewußtsein der Öffentlichkeit wie im privaten Leben des ansonsten eher zur Vergeßlichkeit neigenden Menschen bekanntlich eine bedeutende Rolle. Sie bieten ihm Gelegenheit, innezuhalten, den gleichmäßigen Rhythmus seines alltäglichen Daseins zu unterbrechen und im Rahmen eines auf den jeweiligen Anlaß abgestimmten Zermoniells sich der historischen Dimension des Ereignisses bewußt zu werden. Das gilt auch für den Arbeitskreis Landeskunde-Landesgeschichte, dessen nunmehr zehnjähriges Bestehen nicht nur zu einer Rückschau berechtigt, sondern auch die Frage aufwirft, zu welchem Zweck er gegründet worden ist. Eine Arbeitsbilanz und eine Art Standortsbestimmung also, die letztlich auch den Wunsch nach Begründung und Rechtfertigung landeskundlicher Arbeit enthält. Lassen Sie mich mit dem letztgenannten Punkt beginnen. Die Gründung des Stockacher Arbeitskreises geht auf eine im Rahmen der Bildungsreform erfolgte Initiative des Oberschulamts Freiburg mit dem Ziel einer stärkeren Berücksichtigung der in der geschichtsdidaktischen Diskussion nach dem Zweiten Weltkrieg lange Zeit vernachlässigten sogenannten »Heimatkunde« bzw. »Heimatgeschichte« zurück. Zwar haben die Lehrpläne in Baden-Württemberg bei erwiesener »landesgeschichtliche(r) oder beispielhafte(r) gesamtgeschichtliche(r) Bedeutung« schon von Anfang an landesgeschichtliche Bezüge vorgesehen (Lehrplan von 1957), und wurden ab 1977 regelrechte landesgeschichtliche Themenkataloge aufgestellt, doch erhielt die Landeskunde erst durch die neuen Bildungspläne von 1984 verstärktes Gewicht. Im Zusammenhang mit der allgemeinen Lehrplanrevision wurde nämlich die Forderung erhoben, in allen Schulfächern, wenn immer möglich, nach örtlichen und regionalen Bezügen zu suchen und damit der Unterricht in Landeskunde und Landesgeschichte als fächerübergreifendes didaktisches Prinzip institutionalisiert. »Es ist«, wie man treffend bemerkt hat, »das einzige Kapitel der neuen Bildungspläne, das nicht von einer Lehrplankommission für das ganze Land geschrieben werden kann, weil unser Bundesland in Natur, Kultur und Geschichte so facettenreich ist, daß kaum ein Stück dem anderen gleicht« (Rudolf Kieß, in: Lehren u. Lernen, Heft 8, 10. Jahrg. 1984). Aus diesem Grunde wurden in allen Schulamtsbezirken Arbeitskreise gegründet, um durch die Erarbeitung und Bereitstellung lokaler und regionaler Materialien die Umsetzung des landeskundlichen Unterrichtsprinzips in die Schulwirklichkeit zu fördern. Und in diesem Kontext, d. h. auf den Erlaß des Oberschulamts Freiburg vom 5. Juli 1984 hin, wurde der Arbeitskreis Landeskunde-Landesgeschichte Stockach am 25. September 1984 im Berufsschulzentrum durch den damaligen Vertreter des Staatlichen Schulamts Konstanz, Herrn Schulamtsdirektor Franz Späth, ins Leben gerufen. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten Stadtarchivar Hans-Günther Bäurer, die Realschullehrer Karl Bosch und Konrektor Andreas Gückel, Oberstudiendirektor Werner Huger und Studienrat Fredy Meyer. Zum Leiter der Arbeitsgemeinschaft wurde Fredy Meyer gewählt. Der Arbeitskreis setzte sich zunächst schulartübergreifend aus Vertretern der Grund- und Hauptschule, der Realschule, des Berufsschulzentrums Stockach und des Nellenburg-Gymnasiums zusammen und machte sich, der Konzeption der Bildungskommission entsprechend, an die Arbeit, um landeskundliche Informationen bereitzustellen und Vorschläge für